



Breslauer Kreisblatt.

Zwölfter Jahrgana.

Sonnabend, den 15. November 1845.

Befanntmachungen.

Diem, den Herren Landrathen unterm 9. d. Mts. zugefertigten Ertract aus der Landtags-Koftens hung pro 1845, ift durch ein Versehen des Sehers sub Tit. II. ber Ausgabe ad Nro. 4. Mung pro 1845, ist durch ein Versehen des Seigers sud It. It. et ausgemorfen worden, während für die Hülfsbeiter im Bureau und die zu Dienstleistungen angenommenen Personen ein Betrag von

— 376 rthl. 17 Igr. 6 pl. — 376 rthl. 17 lgr. 17 lgr.

Der Ober : Prafibent ber Proving Schlefien und Provinzial : Landtage : Commiffarius. Borftehende Berichtigung being Kreises. 44. pag. 161 zur Kenntniß des Kreises. Borftebende Berichtigung bringe ich mit Bezug auf die Bekanntmachung im Kreisblatt

Breslau den 7. November 1845.

Königl. Landrath, Graf Königsborff.

Begen der Präclusivfristen des Entschädigungsgesetzes zur allgemeinen Gewerbeordnung vom

17. Januar 1845.

17. Januar 1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845.

1845. 9. 4. des Entschädigungsgesehes zur Allgemeinen Gewerveoronung vom 17. Der Berbeordnung bie Unsprüche auf Entschädigung für den Verlust der durch die Allgemeine Gewerbeordnung hiftlich angemeldet werden. bis 4. aufgehobenen Berechtigungen bis jum Schlusse bes Jahres 1845 bei der Regierung

Mach &. 5. a. a. D. findet eine Ausnahme hiervon in Ansenung verseingen, welche auf Gewerbeberechtigungen ber Beschränkung vorerst noch ferner zu leistenden Abgaben statt, welche auf Gewerbeberechtigungen haben, mit denen das Recht zur Untersagung ober Beschränkung des Betriebs eines stehenden when toning voterst noch zur Untersagung oder Beschränkung des Zeitzesteinen zur Erhebung ber berbunden war. Der Anspruch auf die Entschädigung für die Berechtigung zur Erhebung ich Abes verbunden war. Der Anspruch auf die Entschädigung für die Berechtigung schriftlich ans the Abgaben dieser Art muß bis zum Schlusse bes Jahres 1849 bei der Regierung schriftlich anschwelbes bei bieser Art muß bis zum Schlusse bes Jahres 1849 bei der Regierung schriftlich anschwelbes bei ber Art muß die Anmeldung binnen Ingelbet werden, kommt jedoch die Abgabe schon früher in Wegfall, so muß die Anmeldung binnen Sabresfrist nach bem Wegfallen erfolgen.

bet in ben 58 4 und 5 bestimmten Fristen bei ber Regierung nicht schriftlich angemelbet werden, bie in ben 58 4 und 5 bestimmten Fristen bei der Regierung nicht schriftlich angemetet. Interestigten ihrer Unsprüche von felbst verlustig geben sollen, und nur die im § 39 bezeichneten felbst verlustig geben follen, und nur die im § 39 bezeichneten felbst verlustig geben follen, und nur die im § 39 bezeichneten felbst verlustig geben follen, und nur die im § 39 bezeichneten Intereschtigten ihrer Ansprüche von selbst verlustig geben sollen, und nur die im gobenschtigte, bentheren (Dber-Eigenthümer, Lehnsherren, Lehns- und Fibeicommißfolger, Wiederkaufsberechtigte, Bentherechtigte) ben Entschädigungs = Anspruch noch während Spothessenten (Ober-Eigenthümer, Lehnsherren, Lehns= und Fideicommupsoiger, Willer und mahrend ihrer Gläubiger und andere Realberechtigte) ben Entschädigungs= Unspruch noch während ihr and = Gläubiger und andere Realberechtigte) ben Entschädigungs= Unspruch noch während ihr and = Gläubiger und andere Realberechtigte) ben Entschädigungs= Unspruch noch während ihr and eine Realberechtigte den Bergerenden der Realberechtigte ner Gläubiger und andere Realberechtigte) ben Entschadigungs unsprung bei der Resteung anderweiten präclusivischen Frist von drei Monaten durch schriftliche Unmeldung bei der Resteung anderweiten präclusivischen Frist von drei Monaten durch schriftliche Unmeldung bei der Resteung and Betriedigung dieser Interessenten etwa verbleibenden berigg geltend machen können. Auf einen nach Befriedigung bieser Interessenten etwa verbleibenden. eberschuß geltend machen können. Auf einen nach Befriedigung dieser Interessenten Unspruch machen. Fann aber ber Berechtigte, welcher die Anmesdung versäumt hat, keinen Unspruch machen.

Dbgleich bas Entschädigungsgesetz zur Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1940 bereits durch den Abdruck in der Gesetsfammlung (Seite 79 — 92 des laufenden Jahrgangs) int allgemeinen Kenntnis gehracht ift fo mir bei Geste 79 — 92 des laufenden Jahrgangs) allgemeinen Kenntniß gebracht ist, so wird doch das betheiligte Publikum auf diese Fristbestimmung Behufs rechtzeitiger Wahrnehmung seiner etwopier Behufs rechtzeitiger Wahrnehmung seiner etwanigen Interessen hierdurch nochmals besonders gelff merklam gemacht. Bur besiern Neherkicht laffen merksam gemacht. Bur bessern Uebersicht lassen wir die bezüglichen & ber beiden Gesehe felle wörtlich folgen:

§ 1. Das in einzelnen Landestheilen mit Gewerbe-Berechtigungen noch verbundene Recht, Unberti ben Betrieb eines Gewerbes zu untersagen oder sie darin zu beschränken (ausschließliche merbeberechtigung) wird hierdurch aufgabeben ober fie darin zu beschränken (ausschließliche intell werbeberechtigung) wird hierdurch aufgehoben, ohne Unterschied, ob die Berechtigung an einel Grundstude baftet ober nicht

§ 2. Ferner werden aufgehoben alle Berechtigungen, Concessionen zu gewerblichen Unlagen obt

§ 3. Worbehaltlich der durch das Gesetz vom 30. Mai 1820, eingeführten Gewerbesteuer werbeitener geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften Gewerbesteuer geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften Gewerbesteuer werbeiten Gewerbesteuer werbeiten geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften Gewerbesteuer werbeiten geschaften gewerbeiten geschaften gescha ferner aufgehoben alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, wie die Berechtigungen, dergleichen Abgaben wie die Berechtigungen, dergleichen Abgaben aufzulegen. Ift jedoch mit der Gewerbeberteber gung das Recht zur Untersagung ober Boidwaren. gung das Recht zur Untersagung oder Beschränkung des Betriebes eines stehenden Gewerbet verbunden, so muß die darauf ruhende ganze Abgabe bis zu dem Tage geleistet werbeiligen welchen der Betrieb dieses Gemerhes von einer Nachen ber Betrieb dieses Gemerhes von einer Nachen welchen der Betrieb dieses Gewerbes von einer Person begonnen wird, gegen die ber gepter fpruch hatte geltend gemacht merden fannen fpruch hatte geltend gemacht werden fonnen.

Db eine Abgabe zu den aufgehobenen zu rechnen sei, ift in allen Landestheilen politer Berordnung vom 19. Kehruor 1882 (Gesche Inhalt der Berordnung vom 19. Februar 1832, (Gefelssammlung Seite 64) zu beurthellen. Bon ben noch bestehenden 3manag- und Range beite 1832,

1. alle Zwangs = und Bannrechte, welche dem Fiscus, einer Kammerei oder Gemeinde imeine ihres Communalbezirks, oder einer Corporation von General von § 4. Bon ben noch bestehenden 3mangs = und Bannrechten werden hierdurch aufgehoben! ihres Communalbezirks, oder einer Corporation von Gewerbetreibenden zustehen, oder von fint bieser Berechtigten erst nach dem 31. December 1926 dieser Berechtigten erst nach dem 31. December 1836 auf einen Underen übergegangen fint 2. alle Zwangs = und Bannrechte, beren Aufhebung nach dem Inhalte der Verleihungeurfund

3. Tofern die Aufhebung nicht schon in Folge ber Bestimmungen gu 1 und 2 eintritt, and a) das mit dem Besitze einer Muble, einer Brennerei ober Brennereigerechtigkeit, for Brauerei ober Brauereigerechtigkeit, ober einer Schankstätte verbundene Recht, Die fumenten zu zwingen, daß fie bei dem Berechtigten ihren Bedarf mahlen ober forbit lassen, oder das Getränke ausschließlich von demselben beziehen (der Mahlawang

b) bas städtischen Bäckern und Fleischern zustehende Recht, die Einwohner ber Stadt Borftabte oder der sogenannten Bannmeile zu zwingen, daß sie ihren Bedarf an oder Fleisch ganz oder theilweise non jenen aucht ein, daß sie ihren Bedarf an

in allen zu 3 gedachten Fallen jedoch nur dann, wenn das Zwangsrecht nicht auf eine Bertrage zwischen dem Berechtigten und bem Namen

\$ 5. Diejenigen Zwangs = und Bannrechte, welche nicht durch die Bestimmungen bes § 4 gruff, hoben sind, konnen von den Verpflichteten abgefallt mande hoben sind, können von den Verpflichteten abgelöst werden, wenn die Verpflichtung auf gribbestet, die Mitalieder einer Commenten Gerafflichtung auf besitz haftet, die Mitglieder einer Corporation als Solche betrifft, oder Bewohnern eines Mohnsties phiset. Delle Diffrictes vermöge ihres Wohnsies phiset. oder Districtes vermöge ihres Wohnsiges obliegt. Daffelbe gilt von dem Rechte, ben Beiner Schankftätte zu zwingen, daß er bas zu feinen Daffelbe gilt von dem Rechte, ben Beiner einer Schankstätte zu zwingen, daß er das zu seinem Debit erforderliche Getrank aus bestimmten Fabrikationsstätte entnehme. Dem Bandti bestimmten Fabrikationsstätte entnehme. Dem Berechtigten steht die Befugnif, auf Abidiput anzutragen, nicht zu.

\$6. In den bestehenden Borschriften wegen der Regalien und Monopole des Staats und baraus entspringenden Beschränkungen des Betriebe ginter baraus entspringenden Beschränkungen des Betriebs einzelner Gewerbe wird durch das gegenwiftelles nichts geandert. Insbesondere gilt bies von Gesetz nichts geandert. Insbesondere gilt dies von den das Bergwesen betreffenden Borfdiffel Die wegen der Befugniß jum Salten öffentlichen Tie.

7. Die wegen der Befugniß zum Halten öffentlicher Fähr = Unstalten bestehenden Bestimmung bleiben unverändert. Sofern Kährgerechtigkeiten auschlichen bestehenden Bestimmung bleiben unverändert. Sofern Fährgerechtigkeiten ausschließliche Berechtigungen sind, könnes

bon den Ministerien gegen eine nach ben Grundfaben bes Gefebes vom 16. Juni 1838 (Bez fetfammlung Geite 353 ff.) ju gewährende Entschädigung aufgehoben werben.

1. 8. Die zur Zeit in ben einzelnen Candestheilen geltenden Borfchriften über bas Abbeckereiwefen

bleiben bis zur beendigten Revision derfelben in Rraft.

9. Die besonderen Borschriften über Ertheilung und Benutung der Erfindungspatente kommen

ferner zur Unwendung.

10. Unter welchen Umständen und in welcher Urt für die durch die §§ 1 — 5 aufgehobenen oder für ablösbar erklarten Berechtigungen eine Entschädigung gewährt wird, bestimmt ein befonberes Gefet vom heutigen Zage. Sinfichtlich ber Entschädigungen fur Diejenigen Berechtigungen, welche ichon vor Berfundung des gegenwartigen Gefetes aufgehoben ober fur ablösbar ertlart worden find, bewendet es bei den bisberigen Borfdriften.

Entschäbigungegeset zur allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845.

1. Fur ben Verluft ber burch bie allgemeine Gemerbeordnung &f. 1 bis 4. aufgehobenen Berechtigungen findet eine Entichabigung fatt, wenn die Berechtigungen gur Beit ber Publifation ber Gewerbeordnung in rechtsgültiger Weife, für immer ober auf Beit unwiderruflich bestanden.

12. Ausnahmen hiervon (§ 1.) treten ein:

1. wenn Die Berechtigung guftand bem Fistus, einer Rammerei ober Gemeinbe innerhalb ibres Communalbegirfs, oder einer Corporation von Gewerbetreibenden, es mag folde geschloffen ober ungeschloffen fein;

2. wenn Die Berechtigung von Ginem ber ju 1. bezeichneten Berechtigten erft nach bem

31. December 1836 auf einen Undern übergegangen ift.

In allen diefen Fallen wird eine Entschädigung nicht gewährt.

3. In dem im § 2 bezeichneten Falle kann ber gegenwärtige Inhaber ber Berechtigung sofort Die Aufhebung des zwischen ihm und dem früheren Berechtigten bestehenden Bertragsverhaltniffes verlangen; er muß aber bies Berlangen vor Ablauf bes Sahres 1845 gegen ben fruberen Berechtigten schriftlich erklären.

Wird von biefer Befugnif Gebrauch gemacht, fo find bie rechtlichen Folgen ber Mufbebung nach ben allgemeinen gesetlichen Borfchriften zu beurtheilen. Ift jenes Berlangen inner= balb ber obengedachten Frift bem fruberen Berechtigten nicht erklart worben, fo muffen bie fur Ueberlaffung ber Berechtigung übernommenen Berpflichtungen ohne Abzug fortgefett erfullt werben.

4. Die Unsprüche auf Entschädigung für den Berluft der durch die allgemeine Gewerbeordnung §§ 1-4 aufgehobenen Berechtigungen muffen bis jum Schluffe bes Sahres 1845 bei ber Regierung

Ichriftlich angemeldet werden.

5. Gine Ausnahme hiervon (§ 4) findet Statt in Ansehung derjenigen, nach § 3 der Gewerbeordnung vorerft noch ferner zu leiftenden Abgaben, welche auf Gewerbeberechtigungen ruben, mit benen bas Recht gur Unterfagung ober Beichranfung bes Betriebs eines fiebenben Gewerbes berbunden war. Der Unspruch auf die Entschädigung fur die Berechtigung zur Erhebung von Abgaben biefer Urt muß bis zum Schluffe bes Jahres 1849 bei der Regierung schriftlich an= gemelbet werben; fommt jedoch die Abgabe ichon fruber in Wegfall, fo muß die Unmelbung binnen Sahresfrift nach dem Wegfall erfolgen.

6. Berden die Entschädigungs = Unsprüche innerhalb ber in ben §§ 4 und 5 bestimmten Fristen bei ber Regierung nicht schriftlich angemeldet, so geben die Berechtigten ihrer Unsprüche von felbft verluftig. Es konnen jedoch im 6 39 bezeichneten Intereffenten ben Entschädigungs = Un= bruch nach mahrend einer anderweiten pracluffvifden Frift von brei Monaten burch fdriftliche Unmelbung bei ber Regierung geltend machen. Muf einen nach Befriedigung diefer Interef= lenten etwa verbleibenden Ueberschuß fann aber ber Berechtigte, welcher die Unmelbung ver=

laumt hat, feine Unsprüche machen.

Königliche Regierung, Abtheilung bes Innern. Breslau den 4. October 1845.

Borftehende Befanntmachung bringe ich zur Kenntniß bes Kreises.

Breslau den 13. November 1845. Königl. Landrath, Graf Königsdorff. Der Wassermüller Gottlieb Krause in Tschechnitz beabsichtiget in seiner ihm eigenthümlichen Wassermühle einen kleinen Spikgang zur Neinigung bes Getreibes anzulegen. Hierbei soll weber am außeren Wasserbauwerke noch an einem Mühlenwerke irgend eine Veränderung vorgenommen und der kleirt Spikgang nur mittelst eines Riemens am oberen Mahlgange als Wechselwerk in Gang gebracht wert n.

In Gemäßheit des § 29. der Gewerbeordnung vom 17. Januar d. J. wird dies hir mit öffentlich bekannt gemacht, und diejenigen welche gegen diese Unlage ein begründendes Widersprud erecht zu haben glauben, hiermit aufgefordert, solches binnen vier Wochen hier anzumelden, widrigens. Is auf spätere Einwendungen nicht geachtet, und die landespolizeiliche Genehmigung hiezu nachgesucht werden wird.

Tschechnit am 13. November 1845.

Königliches Domainen=Umt, als Ortspolizei=Behörde.

Um 10. huj. ließ sich in Dürrjentsch, ein, dem Anschein nach, toller Hund blicken, welcher zwei Hunde biß, und die getödtet wurden. Der anscheinlich tolle Hund war von gelber Farbe mittleret Größe und blutete am Hintertheile des Körpers. Dersetbe soll von Wasserjentsch Carowahne und Eckersdorf nach Dürrjentsch gekommen sein, und lief von hier auf Woischwiß zu. In Woischwild lief der qu. Hund am 10. huj. also am gleichen Tage in das Gehöft des Gerichtsscholzen Labiske. Dieser drang zwar mit einer Düngergabel auf den fremden Hund ein und verwundete solchen mit einem Stiche durch den Leib, konnte ihn aber nicht völlig köten da derselbe durch ein Loch am Gehöfte Zaun entwischte, und seinen Lauf auf die Bohrauerstraße zu nahm. Bevor p. Labiske auf seinem Gehöfte herauskam, war der Hund, da er sehr-flüchtig wurde, verschwunden, und ist dessen

Vorstehendes bringe ich zur Kenntniß des Kreises; um alle von dem muthverdächtigen Hunde etwa gebissenen Hunde sogleich tödten und vorschrifts und tief verscharren zu lassen. Sollte der fremde Hund im Kreise todt aufgefunden sein, was ich vermuthe; so ist solcher alsbald zu vergraben und mir Anzeige zu machen.

Breslau, ben 13. November 1845.

Konigl. Landrath, Graf Ronigeborff.

M nzeigen.

Um 29. November Vormittag um 10 Uhr werben in Rlein-Schottgau bei Canth 94 Stud Eichen auf bem Stamme, mit Berudfichtigung ber vorhergegangenen Tare; gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Ein Schmiedelehrling findet sogleich Aufnahme in der Schmiede-Werkstatt des Schmiede-Meister Klugmann zu Breslau, Taschenstraße nebem dem alten Theater.

Pferde= Muction.

Montag ben 17. November Bormittag 10 Uhr follen zu Ult-Scheitnig vor bem fürstlischen Garten, ein Paar braune Uder : Urbeits= Pferbe und ein Brettwagen meistbietend verkauft werben. Bererbpachtung von Aedern.
Einige hundert Morgen Acker von der bestellt Dualität sollen in der Rähe von Brestau iu Erbpacht ausgethan werden. Nähere Austennft ertheilt der Herr Kaufmann Kullmit in Breslau, Oblauer Straße Nr. 70.

Die zur Grundzinse an das Freigut Kl. Gandau Ref pflichteten werden hiermit darauf ausmerksam gemach, dieselbe spätestens bis zum 20 Novbr. c. punktlich gei zuzahlen. Bon den Säumigen wird die gerichtliche gei treibung erfolgen. Kl. Gandau den 11. Novbr. 1845,

100 Stück Eichen und Strauchholz in Löfern auf bem Stamme werden Freitag den 21. d. M. früh 9 Uhr in Schottwißer Balde gegen baare Bezahlung meistbielbend verkauft; wozu Rauflustige eingeladen werden.

Auf der Scholtisei Gr. Olbern stehen 3 überstomplette Arbeitspferde zum Berkauf.